

Handelsblatt

DEUTSCHLANDS WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

G 02531 Nr. 111 / Preis 2,60 €
Montag, 15. Juni 2015

26 DER DEUTSCHE MITTELSTAND

Handelsblatt

Montag, 15. Juni 2015, Nr. 111



Kanzlerin Angela Merkel mit Brun-Hagen Hennerkes (r.) und Stefan Heldbreder (l.) von der Stiftung Familienunternehmen: Vergebliches Bitten um Aufschub und Nachbessern.

versuchen klarzustellen, dass Familien und damit die Anzahl der Gesellschafter wachsen, und daher nicht jeder Erbe, der ein Unternehmen übernimmt, auch gleich über alle Werte verfügen könne.

„Der Tod ist keine planbare Größe“, hebt zum Beispiel Robert Lindemann-Berk an, geschäftsführender Gesellschafter der Quarzwerke Frechen: Die Politiker meinten, dass man zu 50 Prozent das Privatvermögen im Rahmen der Verschonungsprüfung einsetzen soll. „Dabei wird aber übersehen, dass in dem jetzigen Referentenentwurf der Erbe oft gar keinen Zugriff auf das sogenannte nicht betriebsnotwendige Vermögen hat.“

Bestehe es zum Beispiel in einer Unternehmensbeteiligung von unter 25 Prozent, dann gehe das nicht. Lindemann-Berk glaubt daher, dass die langfristig ausgeschüttete Dividende als Maßstab gelten soll, zweitens der Erbschaftsteuersatz mit 30 bis 50 Prozent viel zu hoch angesetzt sei und drittens solle die Politik den Verhandlungsspielraum für die Bemessungsgrundlage, den das Bundesverfassungsgericht ja durchaus gelassen habe, nicht auf 20 Millionen Euro begrenzen. Immerhin, erwidert Kauder, könne man über den Punkt Bewertung ja noch mal nachdenken.

Was die Unternehmer umtreibt: Sie wissen, dass sie sich im Grunde kauferig stellen müssten, erklärt Alexander Mesdaghi. Er führt den 1851 gegründeten Nähmaschinenadel-Hersteller Schmetz in Herzogenrath. Doch die deutschen Familienunternehmen seien nicht handelbar. Dann müssten Schätzer und Wertgutachter, die öffentlich bestellt werden, die Unternehmenswerte ermitteln, obwohl sie möglicherweise nicht über die notwendigen Branchenkenntnisse verfügten.

Auch Helmut Kostal, geschäftsführender Gesellschafter der Leopold Kostal GmbH & Co KG, gibt zu bedenken, selbst bei einem kerngesunden Unternehmen könne man nicht alle 20 Jahre 30 Prozent Erbschaftsteuer zahlen: „Das schafft man nicht, das widerspricht dem Gebot der Enkelfähigkeit.“

Allerdings: Die Erbschaftsteuer gibt es auch in anderen Ländern. Das Wirtschaftsforschungsinstitut ZEW hat im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen 18 OECD-Nationen verglichen. Deutschland, bisher auf Platz 13 der Belastungen durch die Erbschaftsteuer, würde mit Schäubles Entwurf weiter nach hinten rutschen. Bei 103 Millionen Euro Betriebsvermögen würde ein Un-

Wachsende Kluft

Die Pläne für die neue Erbschaftsteuer treiben einen Keil zwischen Politik und Familienunternehmer.

Anja Müller
Berlin

W utentbrannt verlässt die blonde Dame den Palaissaal im Hotel Adlon. Seit neun Stunden nun tagen dort die Familienunternehmer, diskutieren über die Digitalisierung, sie lauschen Kanzlerin Angela Merkel, die wild entschlossen ist, die Fabrikanten in die digitale Zukunft zu treiben, und sich auch nicht aufhalten lässt, den Referentenentwurf ihres Finanzministers zur Erbschaftsteuer schnell durchs Kabinett und in den Bundestag zu drücken. Da hilft kein Bitten um Aufschub und Nachbessern des Vorstandsvorsitzenden Brun-Hagen Hennerkes der ausrichtenden Stiftung Familienunternehmen.

Doch was die Frau, die ihren Namen nicht in der Zeitung lesen mag, so aufregt, ist nicht die Kanzlerin. Angela Merkel hatte gleich am Morgen gesprochen.

Nun aber sitzen die Fraktionsvorsitzenden von SPD, Grünen und CDU auf dem Podium.

Unionspolitiker Volker Kauder stellt klar, wie wichtig es sei, eine verfassungsfeste Erbschaftsteuer zu schaffen und dass Mehreinnahmen, die mit rund 200 Millionen angesetzt sind, nicht das Ziel seien.

Zum Verständnis: Seit 2008 können Unternehmen die Erbschaftsteuer auf Betriebsvermögen vermeiden, wenn sie nachweisen, dass sie die Arbeitsplätze ihrer Mitarbeiter sichern. Doch das war den Richtern am Bundesverfassungsgericht zu viel der Ausnahmen.

Am 17. Dezember 2014 stellten sie klar: Eine neue Steuer muss her, eine pauschale Verschonung von Betriebsvermögen dürfe es nicht geben. Nun müssen Unternehmen beweisen, dass sie nicht in der Lage sind, die Steuer zu bezahlen, wenn sie zu den Großen zählen. Damit geht der Streit schon los, was sind denn eigentlich große Familienunternehmen?

In der Diskussion mit Kauder, Katrin Göring-Eckardt von den Grünen und dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD, Carsten Schneider, offenbart sich eine Kultur des Nicht-verstehen-Wollens, des Nicht-verstehen-Könnens, und zwar auf beiden Seiten. Der Graben verläuft nicht zwischen Rot-Grün und Schwarz, sondern zwischen den Politikern und den Familienunternehmern.

Die Fraktionsvorsitzenden werden nicht müde, zu betonen, dass die Erbschaftsteuer erstens nun endlich verfassungskonform sein müsse. Zweitens, dass es in Deutschland nun mal keinen Konsens gebe, sie abzuschaffen. Das sei halt Politik.

Brun-Hagen Hennerkes hatte es bereits morgens um halb neun beschworen: „Politik und Familienunternehmer entfernen sich immer mehr voneinander.“ Am späten Nachmittag sind wieder einige Meter dazugekommen.

Zahlreiche Unternehmer melden sich,



Das beeinflusst alle Entscheidungen, unsere Entwicklungspotenziale sinken, wir bekommen ein Problem im weltweiten Wettbewerb, wenn wir unser Eigenkapital aufbrauchen.

Franziska Grebe
Gesellschafterin, Grebe Holding



Wenn Herr Schäuble glaubhaft mit seiner Zusicherung eines „minimalinvasiven Eingriffs“ bleiben will, muss er mit seinem Gesetzesentwurf die Korrektur des Bewertungsgesetzes verbinden.

Peter Kultitz
Geschäftsführender Gesellschafter, ESTA Apparatebau

Handelsblatt

DEUTSCHLANDS WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

G 02531 Nr. 111 / Preis 2,60 €
Montag, 15. Juni 2015

Handelsblatt

Montag, 15. Juni 2015, Nr. 111

DER DEUTSCHE MITTELSTAND 27

ternehmen bei 30 statt früher 85 Prozent Verschönerung landen, müsste also 70 Prozent statt wie früher 15 Prozent der Erbschaftsteuer aufs Betriebsvermögen bezahlen.

Und dann steht eine solche Erbin auf. Franziska Grebe, Gesellschafterin der Grebe Holding, die industrielle Beschichtungssysteme anbietet, erklärt: „Ich befinde mich in der 100 Prozent-Situation.“ Was sie meint: Sie müsste die volle Erbschaftsteuer zahlen, wenn Schäubles Gesetzesentwurf heute schon gelten würde. „Das beeinflusst alle Entscheidungen im Unternehmen, unsere Entwicklungspotenziale sinken, wir bekommen ein Problem im weltweiten Wettbewerb, wenn wir unser Eigenkapital aufbrauchen.“

Nun erzählt Edwin Kohl, warum sein in 36 Jahren Unternehmertum erwirtschaftetes Privatvermögen integraler Bestandteil des Unternehmens sei. Kohl führt die Kohl Medical AG mit verschiedenen Tochterfirmen, die zum Beispiel günstigere Pharmaprodukte importieren, oder künftig patientenindividuelle Verpackungen, sogenannte Blister anbieten wollen. Vorige Woche nun bekam er einen zweiseitigen Brief von Berkshire Hathaway, erläutert Kohl. Die Investmentgesellschaft des amerikanischen Milliardärs Warren Buffett will sich verstärkt in Deutschland engagieren und sucht Übernahmekandidaten. 2011 investierte er in ein Start-up, das



Für Industriekunden ist die Digitalisierung nur für die Produktion und die Technologie wichtig, aber nicht fürs Marketing, ich verkaufe einer französischen Staatsbahn keine Lokomotive übers Internet.

Mathias Stinnes
Geschäftsführender Gesellschafter, Hugo Stinnes



Wenn ich mir die Erbschaftsteuer und den vorliegenden Entwurf ansehe, stelle ich fest: So eine komplizierte und unausgelegene Steuer würde es in den USA nicht geben.

Klaus Faber
Aufsichtsratschef, Faber Industries (USA) und Meissner



Vorige Woche haben wir einen zweiseitigen Brief von Berkshire Hathaway bekommen.

Edwin Kohl
Vorsitzender des Vorstands, Kohl Medical



Holztürme und Holzfundamente für Windkraftanlagen entwickelt. Kohl sagt, Holz sei Stahl und Stahlbeton „haus-hoch überlegen“. Doch die Banken finanzierten keine Technologien, die sich noch nicht bewährt hätten. „Also habe ich das mit meinem Privatvermögen finanziert.“ Der erste Turm steht seit zweieinhalb Jahren in Hannover, ein erster Park mit fünf Anlagen werde gerade gebaut. „Und nun bin ich bass erstaunt, dass die Politik meint, sich am bereits hochversteuerten Privatvermögen des Unternehmers wie in einem Selbstbedienungsladen bedienen zu können.“

Das Privatvermögen erlaube das Engagement in innovative Bereiche, meint Kohl. Die geplante Halbierung des Privatvermögens kappe die Dynamik seiner Gruppe. Der Finanzminister habe nicht verstanden, wie ein dynamisches Familienunternehmen funktioniere und die anderen Parteien schlossen sich ihm an. „Meine Kinder haben für diese Pläne kein Verständnis. Sie entscheiden, ob sie übernehmen oder nicht. Sie sind der Wirt, ohne den auch der Finanzminister die Rechnung nicht machen kann.“

Nun ist es der SPD-Politiker Schneider, der ins Staunen gerät: Es sei ihm neu, dass Erben so eine Belastung sei, er wäre froh, wenn er seinen Kindern etwas geben könne. Da grummelt es im Saal, Empörung im Publikum.
Die Dame steht auf, wutentbrannt.